

**Presse
Rundfunk
Fernsehen**



**Gewerkschaft
der Polizei**
Landesvorstand

Wiesbaden, den 25. April 2008

Beirat der GdP fordert Politik zum Handeln auf

Frankfurt, 24.04.2008 Auch nach der Landtagswahl bleiben die Forderungen der hessischen GdP bestehen!

Auf ihrer Beiratsitzung fordert die GdP-Hessen alle Fraktionen des hessischen Landtags auf, endlich die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der hessischen Polizeibeschäftigten auf deutlich unter 40 Wochenstunden zu beschließen.

Hessen hatte als einziges Bundesland bereits 2004 die 42-Stundenwoche eingeführt. Andere Bundesländer haben die Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten moderat angehoben bzw. eine Kinderkomponente eingeführt. Die hessische Lösung hat sich als familienfeindlich herausgestellt.

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie extrem kurze Erholungsphasen zwischen den Diensten beklagen viele Kolleginnen und Kollegen“, so der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller.

Für die kommenden Jahre prognostiziert Bruchmüller personelle Engpässe, die durch zunehmende Aufgaben in Bereichen des Staatsschutzes, der Kriminalitätsbekämpfung (insbesondere der Internet- und Jugendkriminalität), des Streifendienstes sowie durch die Bewältigung geschlossener Großlagen, aktuell der Fußballeuropameisterschaft, entstehen.

Ein vorausschauendes Personalentwicklungskonzept mit klaren Strukturen und ausgewogenen Stellenanteilen, wie es die GdP seit Jahren gefordert hat, wurde von der Landesregierung ignoriert. Die Folgen werden auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen, -beamten und deren Familien ausgetragen.

Demotivierend kommt hinzu, dass die Polizeizulage nicht mehr ruhegehaltstauglich ist. Die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage muss rückwirkend zum 1.1.08 erhalten bleiben.

„Es bleibt nicht mehr viel Zeit“, so Bruchmüller. „Von einem historischen Tiefststand von unter 18.000 Polizeibeschäftigten sind wir nicht mehr weit entfernt! Deutlich höhere Einstellungszahlen sind dringend notwendig!“

Die GdP erteilt darüber hinaus der verstärkten Einstellung von ehrenamtlichen Laienpolizisten eine deutliche Absage. Die verfehlte Personalpolitik der zurückliegenden Jahre wird jetzt offenbar!

Zudem spüren die Polizeibeschäftigten deutlich das Abkoppeln von den bundesweiten Tarifregelungen. Die entstandenen Reallohnverluste müssen ausgeglichen werden.

Abkommen hinter verschlossenen Türen zwischen dem Hessischen Beamtenbund und dem Innenminister speisen die Beschäftigten mit Almosen ab.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50
Homepage: www.gdp.de/hessen